

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenbürg  
M 1.50. Durch die Post  
im Orts- und Oberamts-  
bezirk, sowie im sonst.  
an Verk. M 1.65. Post-  
zuschlag. Preis frei b.  
Preis einer Nummer  
10 J.  
In Fällen d. d. Gewalt  
erleidet kein Anspruch auf  
Wahrung der Zeitung od.  
auf Wahrung d. des  
Bezugspreises.  
Bestellungen nehmen alle  
Buchhändler, sowie Agen-  
turen a. Aussträgerinnen  
jeweils entgegen.  
Fernsprecher Nr. 4.  
Haupt-Post Nr. 24  
O. L. - Poststelle Neuenbürg.

**Abgabe:**  
Die einpolige Zeitungs-  
abgabe deren Raum 25 J.  
Reklame-Zeile 80 J.  
Kleinanzeigen 100  
Prog. Zuschlag. Offerte  
und Anzeigenentwurf  
20 J. Bei größeren  
Anzeigen Rabatt, der  
im Falle des Abnahmever-  
fahrens hinsichtlich wird,  
ebenso wenn Zahlung  
nicht innerhalb 8 Tagen  
nach Rechnungsdatum  
erfolgt. Bei Tarifänder-  
ungen treten sofort alle  
früher vereinbarten  
außer Kraft.  
Berichtsstand für beide  
Teile: Neuenbürg.  
Für tel. Kultur. wird keine  
Gehöhr übernommen.

176. Donnerstag den 31. Juli 1930. 88. Jahrgang.

**Neuenbürg**  
Neuenbürg, 29. Juli. Der Landesverband Baden der Deut-  
schen Volkspartei hat wiederum den bisherigen Vertreter des  
lokalen Reichstagswahlkreises, Außenminister Dr. Curtius,  
als Spitzenkandidaten aufgestellt. In der Debatte über die  
Deutsche Staatspartei ergab sich, daß man vorläufig der neuen  
Partei durchaus ablehnend gegenübersteht. Man will einer  
Verflechtung nur zustimmen, wenn die Gewähr geboten wird,  
daß die Grundzüge der Deutschen Volkspartei besonders in der  
Kampfbildung, wie sie von Stresemann geschaffen wurden, ein-  
gehalten werden.

### Sparsmaßnahmen in der württembergischen Staatsverwaltung

für die Planjahre 1930, 1931 und 1932.  
Stuttgart, 29. Juli. Von zuständiger Seite wird mit-  
geteilt: Das Staatsministerium hat in Vorbereitung des dem  
Landtag vorzuliegenden Entwurfs des Staatshaushaltsplans  
für 1931 und 1932 und gemäß Art. 7 Abs. 1 des Staatshaushalts-  
gesetzes für 1930 auch schon für das gegenwärtige Plan-  
jahr allgemeine Sparsmaßnahmen beschlossen, die mit nach-  
stehendem Scherbrief vom 23. d. M. allen Verwaltungen mit-  
geteilt worden sind.  
Das Finanzministerium hat neuerdings auf die außer-  
ordentlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die der notwendigen  
Kürzung des Staatshaushaltsplans für 1931 und 1932  
entgegenstehen und mitgeteilt, daß nach der vorläufigen Schät-  
zung für diese Planjahre mit einem Abmangel von 23 und  
25 Millionen M. zu rechnen sei. Es ist also äußerster Spar-  
sinn geboten.  
Zunächst nun auf der Einnahmeseite des Haushaltsplans  
Schwierigkeiten möglich sein werden durch Erhöhung der  
Einkommen- und Verbrauchsteuern oder durch Erhöhung neuer  
Einkommensteuern läßt sich noch nicht übersehen; seit fast  
vier Jahren ist die Einnahme durch Steuern nicht ohne  
Schwierigkeiten zu steigern. Der Bedarf ist deshalb  
zunächst bei den Ausgaben anzusetzen und zwar, solange die  
veranschlagten Ausgaben einer Mäzierung nicht zugänglich sind,  
bei den laufenden und vermischten Ausgaben. Hier kann und muß  
noch vieles gespart werden, auch wenn es dabei nicht ohne  
ein gewisses Rücksichtsloses Durchgreifen abgehen mag. Das  
Staatsministerium hat, dem großen Ernst unserer Finanzlage  
Rechnung tragend, beschlossen, daß im neuen Haushaltsplan  
grundsätzlich mindestens 10 v. H. an den bisherigen Planätzen  
für laufende und vermischte Ausgaben abzurufen sind.  
Um aber den Ausgleich des kommenden Staatshaushalts-  
plans weiter zu sichern und einen größeren und unerträglichen  
Abmangel schon im laufenden Rechnungsjahr 1930 zu vermei-  
den, ist es nicht zu umgehen, schon hier die Ausgaben mit  
allen Knäueln zu droffeln. Das Staatsministerium ordnet  
deshalb an, daß für 1930 von den Planätzen für laufende und  
vermischte Ausgaben — fortdauernder und einmaliger Art —  
mindestens 5 v. H. einzubehalten und zu ersparen sind. Den  
verantwortlichen Beamten wird zur Pflicht gemacht, mit den  
verfügbaren Mitteln durchzukommen. Die Vorschrift in Art. 7  
Abs. 1 Satz 2 des Staatshaushaltsgesetzes für 1930, wonach  
jede weitere möglich erscheinende Einsparung durchzuführen  
ist, bleibt unberührt.  
Von der Mäzierung im Jahr 1930 sind ausgenommen:  
1. Ausgaben, für die eine gesetzliche Verpflichtung besteht;  
2. Ausgaben, die auf Grund vertraglicher Verpflichtung  
zu leisten sind;  
3. die Planätze für Bekleidung, Verpflegung, Anwärter-  
unterricht, Prüfungsstellen, Abmangelentschädigungen, sowie  
für solche Sachausgaben, denen entsprechende Einnahmen  
gegenüberstehen, z. B. bei Befragungen, bei der  
Wahnerhaltung, beim Landeshöflichkeit; es ist jedoch auch hier  
auf Eingehende von der Verwaltung zu prüfen, ob und  
insoweit der tatsächliche Verbrauch unter dem Planatz, der  
im Höchstmaß ist, gehalten werden kann;  
4. Beiträge an Vereine oder Anstalten, die herkömmlich den  
für sie vorgesehenen Planatz voll überwiesen erhalten haben,  
oder bei denen die Beitragleistung nach dem Personalaufwand  
bestimmt ist. Für 1931 und 1932 wird die Möglichkeit einer  
Einsparung auch dieser Staatsausgaben zu erwägen  
sein.  
Für weitere Ausnahmen in besonders zu begründenden  
Einzelfällen wäre die vorherige Zustimmung des Finanz-  
ministeriums einzuholen. Wo eine Ausnahme zugelassen wird,  
muss regelmäßig von der betreffenden Verwaltung eine ent-  
sprechende Einsparung an anderer Stelle vorgenommen werden.  
Weitere Sonderanordnungen der zuständigen Ministerien,  
insbesondere wegen Einschränkung von Ausgaben baulicher  
Art, bleiben vorbehalten. Es ist deshalb die Vorschrift in  
Art. 7 Abs. 1 Satz 1 a. a. O. strengstens zu beachten.  
Das Staatsministerium behält sich ferner vor, für 1930,  
1931 und 1932 noch eine weitere Anordnung zu treffen, wonach  
die Gehaltszahl der Beamten und Angestellten nach dem  
Stand vom 1. August 1930 nicht überschritten werden darf.  
Das Staatsministerium erwartet, daß diese Maßnahmen  
von allen Verwaltungen verständnisvoll und mit Nach-  
druck durchgeführt werden.

### Der Abbau der Metallindustrie

Verlust aus dem Verwaltungsent der Reichspost.  
Berlin, 29. Juli. Die Lage in der Metallindustrie ver-  
schlechtert sich von Tag zu Tag weiter. Nach Blättermeldungen  
sind bei der Carl Zeiss AG, bei der A.G. Holztoren-  
bau und bei der A.G. Lokomotivbau sowie in der Auto-  
mobilfabrik Gorkorler Befristungen erfolgt, daß etwa 10  
Prozent der Angestellten entlassen werden sollen. Insgesamt  
sind nunmehr in der Berliner Metallindustrie rund 3000 Ent-  
lassungen von Angestellten angekündigt worden. Im Zusammen-

hang mit dem angekündigten Personalabbau bei Siemens hat  
das Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost,  
Reichstagsabgeordneter Schuldt, an den Reichspostminister ein  
Schreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf seine Ausfüh-  
rungen im Verwaltungsrat der Reichspost erklärt: Ich habe  
nicht nur verstanden, auf eine Preissteigerung hinzuwirken, sondern  
auch darauf Bedacht zu nehmen, daß diese Industrien, soweit  
sie von der Post Aufträge erhalten, die allgemeine Lage des  
Arbeitsmarktes und die Rückwirkung auf die innerpolitische  
Lage berücksichtigen und insbesondere von Arbeiterentlassungen  
Abstand nehmen. Das Vorgehen der Firma Siemens steht  
diesen Forderungen trotz gegenüber und man ist geneigt, zu  
fragen, ob sie der Reichsregierung insbesondere im Hinblick auf  
die bevorstehenden Wahlen absichtlich Schwierigkeiten zu be-  
reiten versucht. Jedenfalls wäre ich Ihnen, Herr Minister,  
dankbar für eine Einwirkung auf die Firma Siemens, daß sie  
unter Bezugnahme auf die von Ihnen in denstehender Weise  
in Kenntnis genommene Mitarbeit zur Behebung der wirtschaft-  
lichen Schwierigkeiten veranlaßt wird, von ihren Maßnahmen  
abzusehen.

### Wahlaufruf des Bauverbands

Berlin, 29. Juli. Das Präsidium des Bauverbands ver-  
öffentlicht einen Wahlaufruf, in welchem es u. a. heißt: Das  
deutsche Volk muß sich im bevorstehenden Wahlkampf freiheiten  
von der nur Zerstückelung, Uneinigkeit, ja daß feindlichen politischen  
Radikationen. Die Wahlberechtigten haben in diesem Kampf  
um die Sicherung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Exis-  
tenz die unbedingte Pflicht zur Wahlbeteiligung. Millionen  
Wähler bleiben 1930 resigniert und gleichgültig der Wahlurne  
fern. Ihre Schuld ist die Arbeitslosigkeit des letzten Reichs-  
tages. Ihre Aufgabe ist es, vor allem wieder in die Front  
der Mitarbeitenden, sich ihrer Verantwortung vor Gegenwart  
und Zukunft der Gesamtheit bewußten Staatsbürger ein-  
zusetzen. Es gilt für die gelesenen Körperlichkeiten nur  
eine Aufgabe: den Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit  
freizulegen. Es gibt nur einen Weg: Der privaten indivi-  
dualistischen Wirtschaft möglichst weitgehende Freiheit über-  
lassen, möglichst große Sicherheit ihres Arbeitens zu bieten.  
Die gegenwärtige Reichsregierung hat sich um die Freilegung  
dieses Weges bemüht. Die Mehrheit des Reichstags hat ihr  
die Gesetzmacht verweigert. Jetzt gilt es, einen Reichstag zu  
wählen, der nur ein Ziel kennt: Durch Ausgabenlenkung zum  
Abbau der öffentlichen Bauten, zur Wiederherstellung der Wirt-  
schaft, zur Überwindung der Arbeitslosigkeit von Millionen  
Menschen und Milliarden an Kapital! Die überwiegende  
Majorität des deutschen Volkes steht sich aus der wirtschaft-  
lichen und politischen Not und Verunsicherung heraus. Nur die  
Parteien werden die Mehrheit der Wähler hinter sich ver-  
einigen können, die in unabweisbarer und einheitsvoller Form  
in diesem Wahlkampf sich zu einer Politik verpflichten, die  
der wesentlichen Ursache der deutschen Wirtschaftskrise,  
der Überforderung der öffentlichen Ansprüche an die Wirtschaft  
und dem Mißverhältnis zwischen Staat und Wirtschaft zu  
Leibe geht.

### Eine parteiamtliche Erklärung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 29. Juli. Die Nationalliberale Korrespondenz  
gibt folgende parteiamtliche Erklärung: Alle Meldungen über  
eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei oder Teilen  
namhaften Persönlichkeiten der D.V.P. an der zur Staatspartei  
angekauften Demokratischen Partei sind unrichtig. Die  
Deutsche Volkspartei hält fest an ihren weitergehenden um-  
fassenderen Sammlungsbestrebungen. Mit diesen Worten hat  
der Parteipresident der Deutschen Volkspartei zunächst zu gewissen  
tendenziös aufgemachten Meldungen über die neugegründete  
sogenannte Staatspartei Stellung genommen. Warum?  
Niemand von denjenigen, die die neue Partei gründeten,  
hat überhaupt an die Deutsche Volkspartei eine Frage gerichtet.  
Weber der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichsmini-  
ster a. D. Dr. Scholz, noch sonst ein Mitglied der Parteileitung,  
des Parteivorstandes, ihrer früheren Reichstagsfraktion oder  
sonst eine maßgebende und führende Instanz der Partei ist um  
seine Meinung über eine Beteiligung der D.V.P. an dieser  
Gründung überhaupt gefragt worden. Die Tatsache der voll-  
zogenen Gründung wurde am Samstagabend in der Wei-  
stunde von Luther und Wegner zu Berlin durch den der-  
zeitigen demokratischen Parteivorstandenden Dr. Koch und den  
jugendlichen Ordenskanzler Bornemann lediglich dem Vor-  
sitzenden und einigen Mitgliedern der Reichsgemeinschaft jun-  
ger Volksparteiler mit der Aufforderung zur Kenntnis ge-  
bracht, sich unerbittlich für oder wider das neue Partei-  
gebilde zu entscheiden, was die Beteiligten selbstverständlich  
ablehnten. Alle gegenständlichen Meldungen sind falsch und be-  
ziehen sich unter Entstellung des Tatsachenstandes auf Bestrebungen,  
die mit der Gründung nichts zu tun haben. Die Deutsche  
Volkspartei hat am 29. Juli zunächst an vier im Reichstag  
vertretene Parteien die Anfrage gerichtet, ihr mit möglicher  
Beteiligung mitzutellen, ob sie bereit sind, sich an einer  
Besprechung zu beteiligen, die den Zweck hat, einen Zusammen-  
schluß aller derartigen herbeizuführen, die, unter Jurist-  
stellung des Trennenden, bereit sind, sich aktiv in den Dienst des  
Staates zu stellen. Diese Anfrage ist von allen Beteiligten  
bejahend beantwortet worden. Auch von Koch-Weber! Darauf  
hat die Deutsche Volkspartei zu dieser Besprechung auf Mit-  
woch 30. Juli eingeladen. Unmöglich konnte sie deshalb als  
einladende Partei die von ihr Eingeladenen vorher bräu-  
kieren und vor eine vollzogene Tatsache stellen. Das wäre aber  
der Fall gewesen, wenn sie in dieser Besprechung den Ein-  
geladenen nur noch ultimativ die Frage hätte vorlegen können,  
ob sie sich an der Gründung der Deutschen Volkspartei und Koch  
beteiligen wollen oder nicht. Die Eingeladenen hätten das  
mit Recht als eine Ueberrumpelung empfunden und als eine

Störung der bürgerlichen Einigung zurückgewiesen. Die  
Deutsche Volkspartei steht nach wie vor auf dem Standpunkt,  
daß es in diesem schicksalhaften Wahlkampf, in dem es hoch-  
wichtig um Volk und Reich geht, nicht darauf ankommt, der  
kaum gegründeten konservativen Rechte die denkbar  
schlechtesten eine reaktionäre bürgerliche Linke entgegen-  
zustellen und das deutsche Staatsbürgertum auf dem Wege  
einer solchen eigenartigen Sammlung wieder erneut in eine  
Klause, eine Kiste, eine Linde mit allen möglichen Zwischen-  
stufen aufzuteilen, sondern es kommt darauf an, die denkbar  
größte staatsbürgerliche Einheit herzustellen. Sie hält deshalb  
an diesen ihren umfassenden Sammlungsbestrebungen fest und  
wird auch Herrn Dr. Koch-Weber, wenn er, wie von ihm zu-  
gefragt, zu diesen Besprechungen erscheint, die erforderlichen  
Fragen vorlegen. Die Deutsche Volkspartei hat nur ein staats-  
politisches, kein parteipolitisches Ziel!

Von diesem übergeordneten Standpunkte gesehen, kann  
aber die erfolgte eilige Umbenennung der Demokratischen Partei  
unter Mitwirkung des Jungdeutschen und die damit erfolgte  
Gründung einer neuen Partei nur als Zeichen einer weiteren  
Zersplitterung betrachtet werden; denn gerade an neuen Par-  
teien fehlt es uns nicht. Die immer neue Gründung neuer  
Parteien ist wohl nicht das tiefgeliebte Bedürfnis, dem  
abgeholfen werden muß. Hinzu kommt noch, daß der Name  
„Staatspartei“ bereits der Titel einer gerichtlich eingetragenen  
politischen Firma ist, deren Inhaber gegen den Mißbrauch des  
Namens durch Koch und Webrum einen vorläufigen Gerichts-  
beschluss zu erwirken sucht. Es heißt also leider auch nicht das  
tragikomische Moment. Läßt man diese Feststellungen unvor-  
genommen auf sich wirken, so kann man sich auch beim besten  
Willen des Eindruckes nicht verschreiben, daß es sich hier um  
eine Sonderaktion handelt, deren Ziel nicht der Zusammen-  
schluß des Bürgertums zu einer großen kraftvollen Front  
gegen den zerstörenden Radikalismus von links und rechts ist,  
sondern daß es sich zunächst um eine Rettung und Sicherung  
demokratischer Mandate mit Hilfe des Jungdeutschen Ordens  
handelt. Wie der Jungdeutsche das mit all seinen bisherigen  
Parolen vereinbaren will, soll seine Sache sein. Wir wenden  
uns aber dagegen, daß die demokratische Großstadttruppe den  
Namen des verstorbenen volksparteilichen Führers Dr. Strese-  
mann bereits als Ehrenmitglied in die Mitgliedslisten der  
neuen Partei einträgt. Es ist das eine Gefährdung, über  
die wohl nicht getritten werden kann. Wenn Stresemann noch  
lebte, wie die demokratische Presse schreibt, dann hätten sich  
die Herren Rabrau und Koch eine solche Störung einer von  
ihm eingeleiteten staatsbürgerlichen Sammlung nicht erlauben  
dürfen. Trotz alledem geben wir auch jetzt noch nicht die Hoff-  
nung auf, daß es der Deutschen Volkspartei dennoch gelingt,  
jezt große und wirkliche Sammlung der staatsbürgerlichen  
Kräfte von rechts bis links zu erreichen, die das Schicksal des  
Bürgertums verlangt.

### Die Einigung der Konservativen

Berlin, 29. Juli. Die gestern erzielte Einigung zwischen  
Landvolk und Konservativen wird von der „Deutschen Tages-  
zeitung“ und mit Recht als ein nicht nur taktischer großer  
Erfolg der Sammlungsbestrebungen auf der rechten Seite  
gefeiert. „Das Landvolk“ so läßt das Organ des Reichstags-  
schleife sich vernehmen, hat damit erreicht, daß innerhalb der  
Arbeitsgemeinschaft der Rechten als Kern die erdbundenen  
Kräfte des Landes wirken. Es ist weiter durch die Verbindung  
mit der konservativen Volkspartei gewährleistet, daß zahlreiche  
wertvolle konservative Kräfte in der Stadt, die vielleicht in  
folge des Fehlens einer festen Parteiorganisation verloren  
gehen würden, der nationalen Bewegung erhalten bleiben, und  
schließlich ist der Grundstein gelegt für die Wiederherstellung  
der Rechten in die staatspolitische Arbeit, die durch die rein  
negierende Einstellung der Dungenberg-Gruppe hart gefährdet  
war.“ Das Blatt bezeichnet es als das gemeinsame Ziel des  
Landvolks und der Konservativen, der Grünen Front wieder  
einen starken rechten Flügel zu schaffen, den sie zu einer wirk-  
lichen Aktionsfähigkeit dringend benötigen, nachdem er ihr  
durch die Vorgänge bei den Druffnationalen zerfallen  
worden sei.

### Auch Wirth warnt die Sozialdemokraten

Berlin, 29. Juli. In einer Kundgebung des katholischen  
Jugendringes und der Berliner Wandbühnen sprach am  
Dienstagabend Reichsinnenminister Dr. Wirth über die Frage  
„Volkstaat in Not“. Wirth betonte, daß seiner Staatsform  
einiger Bestand beschieden sei und daß das Nichtzustand-  
kommen einer Wehrheitsbildung die Krise der Demokratie ver-  
schärfen würde. Die sozialdemokratische Partei habe einer sol-  
chen Entwicklung Vorhab geleistet. Es sei beifolles, in  
welcher erlöser Weise sie bereits ein Vierteljahr nach ihrem  
Regierungsrücktritt ihre früheren Regierungsfreunde angreife.  
Den Sozialdemokraten gelte keine Warnung, daß es nicht an-  
gehe, in Freiheit miteinander, im Reiche aber gegeneinander  
zu regieren. Die Sozialdemokraten wollten über die Reichs-  
tagsauflösung zur Macht im Reiche gelangen. Wenn bestimmte  
Regierungsmassnahmen nicht jetzt erfolgt wären, wäre im  
Derbst aus dem Staat ein Trümmerhaufen geworden. Das  
Veltwort des Zentrums als Schlüsselwort laut: Augen nach  
links und rechts! Man werde mit den Rechtsparteien nun-  
mehr genau so gut wie mit den Linksparteien zusammen-  
regieren. Er begrüße die konservativen Parteien zu ihrem  
Bestimmnis zur Republik, das ihnen ein Zusammengehen mit  
dem Zentrum ermögliche.

### Breitscheids Antwort an das Zentrum

Berlin, 29. Juli. Im Sozialdemokratischen Presbiedienst  
erwidert Dr. Breitscheid auf die Angriffe des Zentrums. Breit-  
scheid spricht von einer Annäherung des Zentrumsführers, wenn

... Verfügung  
... unter dem  
... hatte. Prä-  
... politische Lage  
... ist als pro-  
... Wahlkampf  
... die Partei-  
... haben.  
... glaubte aber  
... erst die Erfolge  
... Führer der  
... daß es für die  
... unmöglich sein  
... amznarbeiten,  
... insbesondere dem  
... mit dieser  
... Schluß gemacht  
... nicht möglich  
... arisch. Reichs-  
... letzten Jahre  
... des Artikels  
... über ein Mittel  
... diesem Deutn

... raufbau  
... hat am Dren-  
... der durch die  
... stimmt, daß der  
... ert werde. Ger-  
... politische Kräfte  
... indigen Anwe-  
... ebirte der Ren-  
... schichte Bericht  
... den Gemein-  
... bedingungen ja-  
... eine länger  
... Einbrüche zu-  
... die Erdem-  
... erke Tronnet  
... ein, die in der  
... pel wurde ein  
... an Frauen zu-  
... Pufe predigte  
... alle Leute, die  
... verhaften sein.

... wenn man sie in  
... e selbstverle-  
... immer tadel-  
... man durch kriti-  
... und Wern-  
... zu allen An-  
... gung gleich auf  
... nicht nur  
... präfixieren, Rede-  
... einen wunder-  
... für wenig Geld

... bürg, E. S.  
... ersten Sonntag  
... äums-Anstalt  
... her die Tagung  
... verbunden ist,  
... dem Frühling  
... te (3,60 Mk.)  
... anstehen wird,  
... nher im Süden  
... zu zahlreichem  
... elchen wünscht,  
... fteinspektör Kuh-

... and Frey.  
... :  
... eise zurück“  
... on mir, sondern  
... ffidelen Gesell-

... Vogel,  
... Wilhelmshöhe.  
... nfeld.  
... ab kann  
... jchen  
... Ernst May  
... ei der Kirche.  
... Sie Ihre  
... smittel  
... del  
... demann  
... g, Tel. 191.  
... Rabatt.  
... ten-Album  
... bis feinsten Aus-  
... rung.  
... Buchhandlung.  
... Kirn.



Rechnungs-  
den Schatz  
die allgemeine  
Ausgesprochenen  
berat mit der  
Dieser wird  
es in den Ab-  
führung von  
vereinigung II  
Gemeinderat  
als Notstands-  
organg nimmt  
der bei einer  
während gewese-  
zunächst das  
abgewarten  
Zustandsetzung  
den Schotters  
oberontlichen  
Gemeinderat-  
Angels für ihre  
Beratung über  
zahl kleiner  
vorgesehen er-  
Am Samstag  
mit nahezu 70  
liche Lehrstät-  
nabezu 43 in  
narc, Organ  
der Stadt, ins-  
Nach den  
beurteigte Com-  
träge: für die  
und für die  
er mit seinen  
inen hängen  
men; die Mün-  
dingen un-  
wender Reize  
Juli sind be-  
sie nur noch  
von 14 Tagen  
damit ist ein  
schon gegeben.  
die Schwärze  
über den Weis-  
bel, haben den  
in Aussicht auf  
er Trichspitel,  
und schied, von  
sonders in fol-  
er rechtzeitigen  
hatten jeden  
wieder einmal  
ige Jahre die  
ganz gering-  
da und dort  
schweren Ideen  
schweiften. Ein  
über Doppel-  
dem alle die  
die hat. Die  
Belegungs-  
Weingarten  
in einer für  
verabschiedet  
abreit-Asien.)  
Jahre ihrer Be-  
einen Waffing  
Am Montag  
vier Sonder-  
ains und dann  
kohlens. Jede  
teilnehmer auf  
Kleinballen, um  
m. Er sah in  
ob er den Be-  
tammeln  
ine Rechte, daß  
en nach hinten  
Der Lebermarkt  
eine Hände auf  
e umschließt eine  
eine Schritte zu  
le Arme inein-  
beßel! Es freut  
der eingestanden  
anten.  
n? — Wor das  
und Kind nur  
hadden, das in  
ehr schön, mein  
ebachten! — Da  
Wille! bu es mit  
wie didy ich ich  
vielen Weiber-  
ad der Sieger  
ewalt empor.  
jeweils frei zu  
bald hinkommen  
en Det bringen.  
Lage hier zurück-  
Hölle kommen;  
Hegung folgt.)

zu einer gemeinsamen Feier teilzunehmen. Abends führten die Teilnehmer auf der Bahn wieder nach Kornwestheim zurück.  
**Mundelsheim, 28. Februar, 30. Juli.** (Reife Trauben.) Weihen pflichtete Josef Reustell in seinem Weinberg (mittlerer Reife) eine voll ausgereifte Frühtraube. Siderlich ein Zeichen guten Weinbergeländes!  
**Lehrantenreute, 28. Februar, 30. Juli.** (Reife Trauben.) Beim Räben fand ein Bauer 2 ganz junge Weibchen, von denen eines am Fuße verlegt war. Er nahm die beiden Tierechen nach Hause, reichte ihnen jeden Tag den Milchpudel, den sie nur von ihm annehmen, und hat die Freude, daß sie beide prächtig gedeihen. Die Alte ist allem Anschein nach weggelassen worden. Jedenfalls bekümmert sie sich nicht mehr um die Jungen.

### Baden.

**Vorheim, 30. Juli.** Im Brühinger Wald, nicht weit von Vitzelsfelder Waldweg, fand gestern mittag ein beerenliebender Arbeiter von Brühingen einen Toten, einen mittelalten Mann mittleren Alters, auf dem Rücken liegend. Neben dem Toten hatte dessen Schirm im Boden mit dem Hut darauf und dabei lag ein leeres Flaschchen. Offenbar hat sich der Ausgerufene vergiftet. Der Finder benachrichtigte sofort die Kriminalpolizei, worauf der Tote im Leidenauto abgeholt wurde. Es handelt sich um einen 50 Jahre alten Bauhaken G. R. Die Gründe seiner Tat sind nicht bekannt.  
**Jentzen, 30. Juli.** Unter den Kindern im ersten Lebensjahr herrschen hier die Masern und haben bereits 2 Todesopfer gefordert. Es wird ein Liebergraben auch auf andere Jahresklassen befürchtet.

### Neueste Nachrichten.

**Stuttgart, 30. Juli.** Die Ehlinger Ortsgruppe der Deutsch-Demokratischen Partei hat sich am Montag mit der Gründung der Ortsgruppe beschäftigt. Der Gedanke einer Zusammenfassung der Ortsgruppen in einer großen Kreisorganisation wurde dabei lebhaft begrüßt, andererseits aber auch die Meinung vertreten, daß das Alle nicht zerfallen werden soll, eine Gewissheit besteht, daß etwas Besseres kommt. Das Stuttgarter Neue Tagblatt teilt mit, daß man auch im Landesparteiverband der Deutsch-Demokratischen Partei den größten Wert auf die Zusammenfassung der Ortsgruppen zu einer einflussreichen Gruppe legt, und deshalb alle Bestrebungen begünstigt, die geeignet sind, diesem Ziele zuzuführen. Eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg der Neugründung erblickt man deshalb darin, daß es gelingt, die bis jetzt noch allzu schmale Basis wesentlich zu erweitern durch Beitritt der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei.

**Wiesbaden, 30. Juli.** Das Plenum des Landtages nahm einstimmig den bereits im Ausschuss angenommenen Antrag Bergelt (S. 25) an, der die Staatsregierung ersucht, schleunigst einen Ergänzungsbeschluss, durch den alle Straflosen, die während der Besatzungszeit im berechtigten Abwehrkampf gegen den Separatismus oder in unmittelbarem Zusammenhang mit der Befreiung erfolglos, angesetzt werden. Der kommunistische Antrag, der die Amnestierung aller zur Not begangenen Straftaten, sowie aller Vergehen gegen die Bestimmungen über Abtreibung verlangte, verfiel gegen die kommunistischen Stimmen der Ablehnung.

**Kassel, 30. Juli.** Am Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr gab es bei der Firma Heinrich Lang in Mannheim beschaffter 16 Jahre alter Lehrling einen Kollaps, dem 16-jährigen Wilo Lebermann, mit einem Hammer einen Schlag auf den Hinterkopf und enthielt ihm eine Kaskette mit Lohngeldern. Der Lebermann, dem die Schläge getrimmert worden war, brach zusammen, konnte aber des zehelnden Arbeiters noch berichten, was geschehen war. Sofort wurde die Fabrikzelle geschlossen und die Befragung des Täters aufgenommen. Er wurde festgenommen und gefoltert nach anfanglichem Weigern, bis er zugab, was er getan hat. Der schwerverletzte Lebermann wurde sofort ins Krankenhaus übergeführt, wo festgehalten wurde, daß seine Verletzungen schwerer, doch nicht lebensgefährlicher Natur sind. Die genaue Lohnhöhe enthielt etwa 3-4000 Mark. Sie wurde in der Schloßerei des Betriebes gefunden. Über den Namen des Täters wird im Interesse der Untersuchung zur Zeit noch Stillschweigen geübt.

**Söllingen, 30. Juli.** In der Fabrik der Firma Klopff in Wolf, die seit einiger Zeit von einem Teil der Belegschaft bestreikt wird, wurde in der Nacht zum Mittwoch von einem bisher unbekanntem Mann ein Sprengstoffanschlag verübt. Der Unbekannte hatte durch einen Draht ein Bohrer Spengler mit einer Hochspannungsleitung verbunden. Durch seine Unvorsichtigkeit muß die Sprengleitung zu früh explodiert sein, sodass der Täter durchschlug in Stücke geriet wurde. Schädelverletzungen sind nicht entstanden. Neben dem Toten lag noch ein schief geladener Revolver und eine Anzahl Patronen. Bei der Firma Klopff sind bereits mehrere Zusammenstöße zwischen Streikenden, Arbeitwilligen und Polizei vorgekommen.  
**Dresden, 30. Juli.** Der Landesverbandsoberhaupt des Deutsch-nationalen Arbeiterbundes, der bisher der Hugenberg-Partei korporativ angeschlossen hat, hat einstimmig beschlossen, aus der Partei auszuscheiden und sich der konservativen Volkspartei anzuschließen.

**Berlin, 31. Juli.** Zwischen der Deutschen Staatspartei und dem Reichsinnenministerium ist laut Berliner Tagblatt vereinbart worden, daß die Deutsche Staatspartei auf der Wahlkarte die bisher von den Demokraten eingenommene 8. Stelle erhält.  
**Berlin, 30. Juli.** Der frühere Reichsfinanzminister v. Schlieben, Staatssekretär a. D. Hagedorn, der frühere bayerische Staatsminister v. Penning und der Vizepräsident des Reichsverbandes der Industrie, Wilhelm Frowin-Ebersfeld, haben ihrem Beitritt zur konservativen Volkspartei zugestimmt.

**Berlin, 30. Juli.** Der Vorsitzende eines Vereins, der am 2. Mai 1920 als Deutsche Staatspartei e. V. in das Vereinsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingetragen worden ist, namens Hall-Hallen, hat, als er in seinem Schreiben bekannt gibt, den Erfolg einer einstimmigen Besetzung gegen die unter Führung von Arthur Mahraun stehende neue Partei dahingehend beantragt, daß diese Partei die Führung des Namens Deutsche Staatspartei nur in Übereinstimmung mit dem eingetragenen Verein Deutsche Staatspartei gestiftet werden soll. Dem Antrag einer Mitteilung des Landgerichts II, Berlin, sollen über den Erfolg einer einstimmigen Verfügung mündliche Verhandlungen angeschlossen werden.  
**Berlin, 30. Juli.** Unter dem dringenden Verdacht, das schwere Fallstrickverbrechen an der 47. Jahre alten Gerda aus der Lohndruckerei zu haben, wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am vergangenen Sonntag der 28 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Herbert Joranson festgenommen. Der Verhaftete, der viel älter aussieht als er ist, ist bei der Polizei als anormal vorangetragener Mensch bereits bekannt. Dieser hatte er sich an kleine Knaben herangemacht und hat wegen heftiger Vergehen noch eine Strafe von einem Jahr Gefängnis zu verbüßen. Der Festgenommene verfuhr im Gefängnis einen Geisteskranken zu töten. Zur genauen Feststellung seiner Zurechnungsfähigkeit wird er ärztlich untersucht und beobachtet werden und ist deshalb dem Landgericht zugeführt worden.

**Berlin, 30. Juli.** Die Reichshauptstadt ist jetzt gänzlich ohne Müllwagen. Einen ersten Bürgermeister gibt es nach der Wäre Böß noch nicht wieder. Der stellvertretende Bürgermeister Scholz hat beim Landratskollegium, das die Aufsicht über Berlin führt, einen mehrwöchigen Aufstellungsurlaub erwirkt, er fällt also aus. Einen Stadtkämmerer besitzt Berlin auch nicht. Es sind also alle wichtigen Posten besetzt. Das ist ein für eine Millionenstadt unhaltbarer Zustand, an dessen Beseitigung aber niemand herangehen will und auch kann, so lange nicht Böß sich endgültig aus dem städtischen Leben zurückgezogen hat.  
**Dresden, 30. Juli.** Die Justizprokuratorin Dresden tritt mit: In den Strafsachen gegen Campel und Genossen hat nunmehr die Staatsanwaltschaft Klage gegen die drei Angeklagten Campel, Schwentinger und Wendlich die Anklage wegen Mordes erhoben.  
**Marlenwerber, 30. Juli.** Ein polnisches Militärflugzeug überlegte heute vormittag um 11.55 Uhr von Neuse kommend die Ortschaften

Konigshen, Weichselburg, Klein-Nebras, Stangendorf und Puffenau im Kreise Marlenwerber. Das Flugzeug schag dann die Richtung nach Braunsberg ein. Die polnischen Hochleistungsflugzeuge sind einwandfrei festgestellt worden.

**Lübeck, 30. Juli.** Die Zahl der Todesopfer unter den mit dem Colmette-Deportat genährten Sänglingen hat sich auf 63 erhöht.  
**Bregenz, 30. Juli.** Nach einer Meldung des Vorarlberger Tagblatts aus Au im Bregenzener Wald, wurde gestern nachmittag auf dem Weg von Landtag zur Bibertacher Hütte der Apotheker Theodor Bauer aus Schillingen und Amalie Kay aus Hildberg tot aufgefunden.

**Rom, 30. Juli.** Nach einer Mitteilung des Unterstaatssekretärs der öffentlichen Arbeiten ist mit dem Wiederaufbau von elf Dorschiffen des Euboeagebietes bereits begonnen worden. In Decabia wurden noch drei Tote, in Montecarlo noch zwei weitere Tote geborgen. Die Bevölkerung ist infolge der Hilfsmassnahmen der Regierung zuverlässiger Stimmung.  
**Paris, 30. Juli.** Nach einer Erklärung des Arbeitsministers haben sich in Nordfrankreich der Streikbewegung wegen der Beschaffung durch die Sozialverwaltung im ganzen 80000 Arbeiter angegeschlossen.

**Paris, 30. Juli.** Die Polizei hat heute einen Italiener, 6 Polen, 2 Rumänen und je einen Ungarn, Türken, Desterreicher und Russen verhaftet, die beschuldigt werden, kommunistische Propaganda getrieben und sich agitatorisch für die Kundgebung am 1. August beteiligt zu haben.  
**London, 30. Juli.** Ueber den Flug des englischen Luftschiffes „N. 100“ erhielt das englische Luftfahrtministerium um 7.30 Uhr englische Sommerzeit eine Meldung, die besagt, daß das Luftschiff die Fahrt bei gutem Wetter und guter Sicht fortsetze.  
**New York, 30. Juli.** Associated Press meldet aus Montreal, daß man das Luftschiff „N. 100“ im Lufthafen St. Hubert morgen nachmittag oder morgen abend erwartet.

**Das Verurteilungsurteil im Prozess wegen der Warnier Zusammenstöße.**

**Darmstadt, 30. Juli.** In dem Prozess wegen der blutigen Zusammenstöße, zu denen es im Januar dieses Jahres anlässlich einer kommunistischen Kundgebung in Borms kam und die ein Todesopfer forderten, fällt heute die Große Strafkammer als Verurteilungsurteil ihr Urteil. Die Verurteilung der Staatsanwaltschaft gegen das erstinstanzliche Urteil wird zurückgewiesen, die der Angeklagten zum Teil berücksichtigt. Der als Hauptredaktionsleiter bezeichnete preussische kommunistische Landtagsabgeordnete Oskar Müller, der in erster Instanz zu einem Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, erhält 12 Monate Gefängnis unter Anrechnung von einer Woche Untersuchungshaft. Die Angeklagten Dehoff, Jett und Tarnowski werden zu 6 Monaten Gefängnis, der Angeklagte Deubauer zu 30 Tage Gefängnis verurteilt. Die Strafe Tarnowski gilt als verbüßt, dagegen wird er wieder in die Erziehungsanstalt zurückgeführt, der er entlassen ist. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Die beschlagnahmten Waffen bleiben eingezogen.

**Februarklub für die Staatspartei.**

**Köln, 30. Juli.** Der geschäftsführende Ausschuss der Februarklubbewegung teilt mit: Die Gründung der Deutschen Staatspartei, die am Sonntag in Berlin erfolgte, verlangt von den Februarklubmitgliedern eine entscheidende Stellungnahme. Der geschäftsführende Ausschuss und die Mitglieder des Kölner Aktionsausschusses des Februarklubs begrüßen die unter maßgebender Mitwirkung ihres Vertrauensmanns in Berlin, Dr. Windisch, endlich zustande gekommene Gründung der Deutschen Staatspartei. Hiermit ist der erste Schritt zu jener Sammlung getan, welche die Februarklub seit dem Tage ihrer Gründung selbst beabsichtigt verfolgen. Der vorläufige Entwurf der Staatspartei bedarf allerdings noch starker Derrvorführung der von uns aufgestellten und begründeten Forderungen; deren Durchführung wird nur dadurch sicher gelingen, daß die Februarklub der neuen Partei Anhänger zuführen und ihr dadurch Stoßkraft verleihen werden. Wir hoffen und erwarten, daß die Deutsche Volkspartei, deren Führung die bürgerliche Sammlung mit erheblichem Vollen antreibt, durch geschlossenen Lebertritt zur Deutschen Staatspartei deren Grundlage erweitert und damit auch eine Zersplitterung ihrer eigenen Kräfte vermeidet.

**Volkspartei-Jugend für die Staatspartei.**

**Düsseldorf, 30. Juli.** Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler hatte am Mittwoch zu einer Besprechung eingeladen, in der der Vorsitzende der Reichsgemeinschaft, Franz Wägel (Düsseldorf), Ausführungen über die Stellung der jungen Volksparteiler zur Gründung der Staatspartei machte. Er betonte, daß, falls die Sammlung der nationalen Mitte auf Grund des Vorschlags des Dr. Scholz nicht zustandekommen würde, der Zusammenschluß der Staatspartei mit der Volkspartei und der Wirtschaftspartei unbedingt angeordnet werden müsse. Für die Reichsgemeinschaft der jungen Volksparteiler würden unter Umständen in dieser Frage die Beschlüsse der Parteileitung der Deutschen Volkspartei nicht unbedingt bindend sein. Ungebilligte Beschlüsse würden der Reichsleitung der jungen Volksparteiler am kommenden Sonntag vorbehalten sein.

**Die Besprechungen bei Scholz.**

**Berlin, 30. Juli.** Gegen 3 Uhr nachmittags begann im Reichstag die von Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei angeregte Besprechung über ein eventuelles Zusammengehen der bürgerlichen Mitte. An der Sitzung nahmen neben dem Abgeordneten Dr. Scholz Minister Treviranus von der konservativen Volkspartei, die Abgeordneten Dreiwitz und Sackelberg von der Wirtschaftspartei sowie der Abgeordnete Koch (Wefer) teil. Außerdem waren 2 Vertreter der Reichsvereinigung junger Volksparteiler anwesend sowie als Vertreter der inzwischen zur Staatspartei übergegangenen Gruppe junger Volksparteiler Dr. Eisenburg. Die Besprechung währte etwa 2 Stunden. Die Aussprache erstreckte sich zunächst auf die Frage einer Fusion dieser Parteien im Wahlkampf, aber eine Einigung darüber kam nicht zustande. Dagegen verständigte man sich dahin, daß von allen diesen Parteigruppen ein gemeinsamer Wähleraufruf ergehen soll, worin sich diese Parteien verpflichten, für das Finanzreformprogramm der Reichsregierung einzutreten. Der Wähleraufruf soll am Donnerstag von einem Reaktionskomitee entworfen werden.

**Die Ausführungen des Parteiführers Koch.**

**Berlin, 30. Juli.** Koch-Weser erklärte in der Sitzung des demokratischen Parteiausschusses, alle Teile der neuen Staatspartei seien sich einig in dem Ziele der Verteidigung der Republik gegenüber Angriffen der radikalen Kräfte rechts und links. Es müsse eine Partei vorhanden sein, die mit jugendlichen Kräften diesen Radikalismus abwehre. Ein besonderer Erfolg sei es, daß Männer der Wirtschaft und Mitglieder der Gewerkschaften, wie der Dr. Fisch-Danker-Siden und der Gröschlichen, mit dem festen klaren Bekenntnis zur heutigen Privatwirtschaftsordnung zusammengedrückt worden seien. Ein starker Wille nach Durchführung der notwendigen Reformen, wie z. B. der Wahlreform und der Reichsreform, erfüllte die neue Organisation. Er selbst werde es als eine der ersten Aufgaben der Partei ansehen, zu gegebener Zeit Volksgesprächen über eine Wahlreform und eine Reichsreform ins Leben zu rufen. Die gebärdete Art, in der die Sozialdemokratie die neue Partei aufgenommen habe, sei eine der größten Ungeschicklich-

keiten der Sozialdemokratie. Es kämen doch in der neuen Partei Menschen zusammen, die wirklich einmal der Sozialdemokratischen Partei gegenüberstünden und durchdacht bereit seien, erforderlichenfalls auch mit ihr zusammenzugehen. Koalitionsbündnisse mit Dittler oder Dugenberg weise die Deutsche Staatspartei mit aller Entschiedenheit zurück. Er wies darauf hin, daß die neue Partei geschlossen auf dem Standpunkt der völligen Gleichheit aller Staatsbürger stehe. Es gäbe in ihr weder politische, noch soziale, noch professionelle oder kastenmäßige Unterschiede. Mahraun habe für seine bisherige Partei ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß Antisemitismus in jeglicher Form ihm fern sei und daß er es deshalb als eine Verleumdung ansehen würde, wenn man ihm Antisemitismus vorwerfe. Die Hauptziele der neuen Partei deckten sich mit denen, die die Demokratische Partei in den vergangenen 10 Jahren mit geringeren Kräften verfolgt habe. Die neue Partei lege großes Gewicht darauf, unter den Kandidaten möglichst viele junge Kräfte und Frauen aufzustellen. Koch-Weser schloß mit der Erwartung, daß der Parteiausschuss sein Vorgehen billigen werde.

In der Aussprache wurde behauptet, daß nicht verstanden worden sei, unter Hinzuziehung von Mitgliedern des linken Flügels der Deutschen Volkspartei eine neue Parteiorganisation zu bilden. Man sei nun aber vor vollendeter Tatsache gestellt, und müsse die neue Partei unterstützen. Volkstümliche Mitarbeit wurde verlangt, welche Persönlichkeiten die neue Sache führen sollen. Von einem Diskussionsredner wurde erklärt, daß Minister Dietrich an die Spitze der neuen Bewegung gehöre. Es wurde weiter anerkannt, daß das Wahl-Programm der Staatspartei durchaus demokratische Grundzüge enthalte. Es gelte jetzt die Erhaltung der deutschen Republik. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß das Wahlprogramm der neuen Staatspartei keinen neuen Geist enthalte, sondern nur die alten Forderungen aufzähle. Professor Dr. Hellpach-Heidelberg trat dafür ein, daß den liberal gesinnten Wählern der Deutschen Volkspartei die Türen der Deutschen Staatspartei geöffnet werden. Wenn dann auch noch eine Erneuerung in der Führerschaft vorgenommen werden soll, werden er und seine Freunde gern in der Deutschen Staatspartei mitarbeiten. Der preussische Finanzminister Döpler-Hilffschaff äußerte den Wunsch, auf dritter Grundtage eine Einigung herbeizuführen. Er erörterte in diesem Zusammenhang die Einladung des Führers der Deutschen Volkspartei und fragte: Was wollte Herr Scholz? Wenn er nur einen Bürgerfrieden oder eine Dämpfung des Wahlkampfes wollte, dann hätte er sich an alle Parteien wenden müssen, auch an die Sozialdemokraten und an das Zentrum. Sollte er einen Wahlklub für Brünning, dann dürfte er an der Partei des Kanalar nicht vorbeigehen. Sollte er eine neue Partei, dann war sein Vorgehen falsch. Es kommt darauf an, die radikalen Elemente niederzuerwerfen. Aber es besteht keine Möglichkeit, mit den Konservativen zusammenzugehen. Wenn die Einladung des Herrn Scholz wirklich eine neue Partei im Auge gehabt hat, dann ging sie über den Rahmen dessen, was möglich ist, weit hinaus. Der Erfolg der Deutschen Staatspartei hängt davon ab, ob es gelingt, die politischen Heimatlosen zu begünstern, es hängt weiter davon ab, ob es gelingen wird, an die Herzen der jungen Menschen heranzukommen. Professor Luidde äußerte Bedenken gegen die neue Gründung, aber er erklärte, daß er den Schritt von Eitelken nicht mitmachen werde. Dr. Külls wies auf die staatspolitischen Notwendigkeiten hin, die zur Sammlung geführt hätten. Gustav Stolper erklärte: Die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsauffassung haben jetzt zu beweisen, daß der Kapitalismus sich in sozialer Bestimmung und in sozialer Reformarbeit nicht vom Sozialismus übertrifft. Die neue Partei zeige den Sieg des demokratischen Gedankens.

### Demokratischer Anschluss an die Staatspartei.

**Berlin, 30. Juli.** Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei sahte am Mittwoch nachmittag noch Abschluss der Aussprache über die grundsätzlichen Fragen gegen 4 Stimmen folgende Entschliessung: Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung. Der Parteiausschuss wünscht und erwartet, daß die Deutsche Staatspartei mit größtem Ernst bemüht sein werde, alle gesinnungsverwandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher politischer Arbeit zu-

Dr. Thompson's  
Seifenpulver  
Amerkanisches  
bestes billiges  
und hygienisches  
Wasch- und  
Strömungsmittel  
250 g-Füllgewicht  
Preis 30 Pfennig

Prachtvoll...  
wie diese Blumen, so weiß soll  
Ihre Wäsche sein. Verwenden  
Sie nur das vorzügliche Dr.  
Thompson's Seifenpulver  
Marke Schwan, dazu Seife  
zum Bleichen. Dann wird Ihre  
Wäsche stets blütenweiß.  
Seit 50 Jahren bewährt.

Dr. Thompson's  
Seifenpulver

zusammenzufassen. Der zweite Satz dieser Entscheidung fand Annahme gegen nur eine Stimme.

**Tschangsha in Flammen.**

London, 30. Juli. Die Berichte aus China besagen, daß die von den Kommunisten eroberte Stadt Tschangsha in Flammen steht. Die Kommunisten, die zuerst eine Summe von 25 Millionen Mark für die Schonung der Stadt verlangt hatten, haben nun sämtliche Regierungsgebäude und ausländisches Eigentum zerstört und in Brand gesteckt. Die Plünderungen dauern an. Verschiedene Geschäfte und Büroräume, darunter auch das Gebäude der Ständart Del und der Tezoo Oil Company wurden niedergebrannt. Nach japanischen Meldungen sollen das japanische Konsulat und Krankenhaus sowie 12 Gebäude der Provinzialregierung und fast alle Pfandhäuser und Kirchen dem Erdboden gleichgemacht worden sein. An den Plünderungen, die systematisch durchgeführt werden, nehmen 800 rote Soldaten teil. Die Beute wird unter der Menge als das unrechtmäßige Eigentum der Kapitalisten verteilt. Zehntausend Einwohner haben bereits die Stadt verlassen. Der Bruder des Gouverneurs und andere Beamte wurden enthaupet. Die ausländische Kolonie in Stärke von 91 Personen ist von englischen und amerikanischen Kanonenbooten gerettet worden. Das amerikanische Kanonenboot „Palus“ wurde von den Kommunisten beschossen und mußte die europäischen Flüchtlinge auf ein englisches Kanonenboot übertragen. Ueber das Schicksal des britischen Konsulatsgebäudes, das einen Wert von 5 Millionen Pfund darstellt, ist noch nichts bekannt. Die Stadt Tschangsha ist die Hauptstadt

der Provinz Hunan und zählt fast 500 000 Einwohner. Wenigstens 5 Missionare haben sich angesichts der drohenden Lage gezwungen, die Stadt zu verlassen.

**Mehr Freude ins Leben.** Jeder Einzelne sollte versuchen auf seine Art mehr Freude ins Leben zu bringen. Es ist mit so kleinen Mitteln möglich. Ein guter Rat schon genügt dazu. — Freude würde so mancher Hausfrau bereitet, wenn sie auf unsern Rat hin bei ihrer Waldarbeit Schwammpulver verwenden würde. Dr. Thompsons Seifenpulver, das vorzüglichste, hochprozent-seifenhaltige Waschlittel, Seife zum Waschen oder das selbsttätige Waschlittel Ozonit. So schnell und leicht erhält man dadurch schneeweiße Wäsche. Ist das kein Freude für unsere Hausfrauen?

**Jagdpolizei.**

Auf Antrag des Jagdpächters Artur Schmidt, Kommerzienrats in Neuenbürg, ist die Handhabung der Jagdpolizei und der polizeilichen Aufsicht über den Vogelschutz in dem Gebiet der Gemeindejagden Neuenbürg Arnbach, Ottenhausen und Birkenfeld dem Mechaniker **Alfred Wieland** in Neuenbürg übertragen worden.

Neuenbürg, den 29. Juli 1930.

Oberamt: Lemp.

**Amtsgericht Neuenbürg.**

Eintragung in das Handelsregister, Abt. f. Einz. Firmen, vom 26. Juli 1930: Die Firma **Karl Biach**, Sitz **Felbrennach** ist erloschen.

**Oberamtsstadt Neuenbürg.**

Der Gemeinderat hat am 30. ds. Mts. mit Wirkung vom 1. August 1930 ab, die

**Gemeinde-Biersteuer**

erhöht. Dies wird öffentlich bekannt gemacht. Näheres ist aus dem Anschlag am Rathaus ersichtlich.

Ratschreiber **Schäfer.**

**Tuberkulösen-Fürsorgestelle.**

Die nächste Sprechstunde findet am **Samstag, 2. August 1930, nachm. von 1/2 3 bis 5 Uhr**, auf der **Charlottenhöhe** bei Colmbach statt. Die Untersuchungen werden nur auf Grund ärztlicher oder behördlicher Ueberweisung durchgeführt.

**Bürr. Amtsgericht Neuenbürg.**

Ueber das Vermögen des **Johannes Böllnager**, Bauunternehmers in **Schömburg**, ist am **29. Juli 1930**, vormittags 11 Uhr, das **Vergleichsverfahren**

zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Bezirksnotar **Klett** in Neuenbürg wurde zur Vertrauensperson bestellt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf

**Dienstag den 26. August 1930**, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Neuenbürg. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Den 30. Juli 1930.

**An die Einwohnerschaft von Herrenalb, Gaistal und Rullemühle!**

Am **9. August** findet das diesjährige

**Trachtenfest**

statt. Wir bitten die Einwohnerschaft, insbesondere die am Fremdenverkehr beteiligten Handel- und Gewerbetreibenden, sich zahlreich zur Verfügung zu stellen und Trachten zu tragen.

**Vereinigung der Hotel- und Pensioninhaber.**  
Jobel.

**Sonder-Angebot!**

**W. Forstamt Enzklosterle. Holz-Berkauf.**

Am **Samstag den 2. Aug. 1930**, nachmittags 6 Uhr, in **Enzstal**, Gasthaus zum Hirsch, aus Staatswald: **Schichtbergholz** 50 Km. Buchen-Schweiter und Prügel, ferner das in Schlägen, Durchforstungen und Scheidholz angefallene Reifig geschätzt zu 3000 Wellen.

**Krieger-Berein Neuenbürg.**

Der Verein sammelt sich zur Teilnahme beim

**Bezirks-Kriegeritag**

in **Colmbach**, **Samstag den 3. August 1930**, mittags 12 Uhr im Lokal. Abfahrt **Stadtbahnhof** 12.40. Fahrt frei. Die Kapelle des Musikvereins begleitet den Verein. Es ist Ehrensache der Kameraden vollzählig zu erscheinen.

**Der Ausschuß.**

**Salmbach.**  
Sehr gute, schöne

**Milch-Ruh**

mit dem zweiten Kalb (mittelschwerer Schlag) verkauft  
**Heinrich Schöninger.**

**Für die Reise- und Erntezeit:**

**100 000 Schachteln** des beliebten **Feinkost-Streichkäses**

**Illerfieg**

8 Schacht. **55 Pfg.**  
5 " **90**  
20 " **8.50 Mk.**  
Orig.-Karton  
60 Schacht. **10.40**  
Größte Haltbarkeit.

**Limburger Stangenkäse**

la 1/2 reif  
Pfund **42 Pfg.**

**Riesen-Gurken**

Stück **20 Pfg.**

**Tomaten**

aller schönste glatte runde Früchte  
**3 Pfund 70 Pfg.**

**Lauffener Kartoffeln**

**Pfannkuch**

**Auch diesmal**

hat uns der Saison-Ausverkauf treue, alte und neue Kundschaft zugeführt. Alle Kunden haben Freude an ihrem billigen Einkauf und werden uns bestimmt noch weiter empfehlen. Sie können bestimmt niemals billiger zu einem guten Mantel oder zu einem modernen Kleid kommen als gerade jetzt während des Ausverkaufs. Nicht nur die vorrätigen Mäntel, Kleider, Trench-Coal-Mäntel, Gummi-Mäntel, Blusen, Röcke etc., sind im Preise herabgesehen, sondern Sie finden auch bei uns modernste Wintermäntel, Plüsch-Mäntel etc. welche bis zur Hälfte im Preise ermäßigt sind. Da die Mode in diesem Artikel sich kaum geändert hat, erhalten Sie jetzt für wenig Geld einen schönen Mantel. **Montag, den 4. August ist der Ausverkauf zu Ende.**

**Krüger & Wolff**  
PFORZHEIM.

Das große Spezialhaus für Damen-Konfektion

**Birkenfeld.**  
Suche zirka 10-20 Ar großes

**Grundstück,**

im Tiefenbach gelegen, zu kaufen.

Angebote an die Agentur ds. Blattes.

**Schöne Wohnung,**

4 große Zimmer, großes Veranda-Zimmer, Bade-Zimmer, Küche und sonstiges Zubehör sofort zu vermieten.

Angebote sind zu richten an die „Enzklosterle“-Geschäftsstelle unter B 150.

**Wanderkarte**

von **Wilbbad und Umgebung**  
1:50 000.

umfaßt die Gegend Pforzheim, Herrenalb, Hohlohgebiet, Kallendrom, Enzklosterle u. Calw zum Preis von RM. 1.50 zu haben in der

**E. Neeh'schen Buchhandlung.**

**Geschäfts-Empfehlung.**

Der geehrten Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich ab 1. August die

**Wagnerei**

des **† Jakob Wager**, Wagnermeisters, pachtweise übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meine Kundschaft reell und pünktlich zu bedienen und versichere, daß ich allen Anforderungen gerecht werden kann.

Ich bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen und zeichne

hochachtungsb

**Hans Bäuerle**, Wagnermeister.

**Pfinzweiler, 30. Juli 1930.**

**Codes-Anzeige.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe, herzensgute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

**Marie Wacker**, Witwe,  
geb. **Burkhardt**,

im Alter von 73 Jahren nach langem, geduldig ertragenen Leiden in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Die trauernden Kinder und Angehörigen.  
Die Beerdigung findet **Freitag, 1. August**, nachmittags 3 Uhr in **Pfinzweiler** statt.

**Saison - Ausverkauf**

stoßen Sie von einer Ueber-raschung auf die andere!

**Garnierte jugendl. Frauenhüte**  
**0.50 0.90 1.75**

Alles neue Formen in modernen Geflechten.

**Geschwister Gutmann**  
Pforzheim, Westliche 28.

**„Freundschaft“**

**Samstag den 2. Aug., abends 1/8 9 Uhr** im Lokal **Gasthaus zum „Grünen Baum“**

**Mitglieder-Berammlung.**

wozu die aktiven und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen sind und gebeten werden, in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung **vollzählig** zu erscheinen.

**Der Vorstand.**

**Freilichtbühne Heilbronn**

August: **Samstag und Sonntag**, je abends 8 Uhr:  
**Ein Revolutions-Drama**  
aus den **Türkenkriegen**

**Max Meils „Nachfolge Christi-Spiel“**

Ueber 100 Mitwirkende / Glänzende Massenszenen.  
Vorverkauf:

Außerhalb Heilbronn in sämtlichen Filialen der Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G.; in Heilbronn: Verkehrsverein, Bahnhofstraße, Tel. 1881; Festspielbüro (Zigarrenhaus Kühner), Kaiserstraße 1, b. d. Neckarbrücke, Tel. 2442.

Preise: 3.50, 2.40, 1.60, 0.80 RM. — Bei Lösung von 10 und mehr Karten Preisermäßigung.  
Nach der Vorstellung die letzten Züge bequem erreichbar.

